

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Antwort**

Anfrage der Abgeordneten Almuth von Below-Neufeldt und Christian Grascha (FDP), eingegangen am 15.05.2013

**Studienfinanzierung haushalterisch abgesichert?**

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat am 12. April 2013 beschlossen, dass zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 583 Mio. Euro von den insgesamt 2,2 Mrd. Euro, die der Bund zur Verfügung stellt, nach Niedersachsen fließen sollen. Wissenschaftsministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajić zufolge wird das Land die gleiche Summe zur Verfügung stellen. Grund dafür sind der hohe Studentenandrang und die Einrichtung von rund 14 000 neuen Studienplätzen bis 2015. Darüber hinaus können in Niedersachsen 49 000 neue Erstsemesterplätze geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Ist die Kofinanzierung haushalterisch abgesichert, insbesondere im Hinblick auf die zusätzlichen Plätze?
2. Ist die Kompensation der Studienbeiträge, auch im Hinblick auf die zusätzlichen Plätze, gesichert?

(An die Staatskanzlei übersandt am 22.05.2013 - II/72 - 86)

**Antwort der Landesregierung**

Niedersächsisches Ministerium  
für Wissenschaft und Kultur  
- M - 01 420-5/86 -

Hannover, den 21.06.2013

Die in der Anfrage aufgeführten zusätzlichen Bundesmittel in Höhe von 583 Mio. Euro beziehen sich auf die Jahre 2011 bis 2018. Davon entfallen rund 78 Mio. Euro auf zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger in der Phase I des Hochschulpakts. Die restliche Summe betrifft die Phase II.

Bislang sind in der Mittelfristigen Finanzplanung 2012 bis 2016 Bundesmittel in folgender Höhe veranschlagt:

2013 = 92 584 000 Euro,  
2014 = 86 805 000 Euro,  
2015 = 65 975 000 Euro,  
2016 = 65 975 000 Euro.

Unter Berücksichtigung der Fortschreibung für das Jahr 2017 beträgt die Erhöhung der Bundesmittel für die Jahre 2014 bis 2017 rund 110 Mio. Euro.

Dies vorausgeschickt, werden die Fragen im Namen der Landesregierung wie folgt beantwortet:

Zu 1 und 2:

Die Entscheidungen sind der Haushaltsklausur der Landesregierung im Juli 2013 vorbehalten.

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić

(Ausgegeben am 04.07.2013)